

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Zinsen - Steuerentlastungsgesetz 1984 - Stahlkonflikt - EG-Haushalt - UNCTAD VI

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1983) : Kurz kommentiert: Zinsen - Steuerentlastungsgesetz 1984 - Stahlkonflikt - EG-Haushalt - UNCTAD VI, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 63, Iss. 6, pp. 265-266

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/135805>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zinsen

Unheilige Dreieinigkeit

Alle reden vom Aufschwung – auf den Finanzmärkten findet er statt: Der Zins steigt. Die Umlaufrendite von Staatsschuldpapieren ist am langen Ende um fast einen Prozentpunkt geklettert. Fatal wäre es, würde die derzeitige Entwicklung bereits die Zinswende bedeuten.

Wo liegen die Ursachen? Zwei der sonst gebräuchlichen Erklärungen fallen aus: Weder die Konjunktur noch die Inflation rechtfertigen steigende Zinsen – im Gegenteil. Damit rücken drei weitere potentielle Einflußfaktoren in den Vordergrund: Die Zinsentwicklung im Ausland – vor allem in den USA –, die Geldpolitik der Deutschen Bundesbank und – last but not least – die Verschuldung der öffentlichen Hand. Bilden diese Komponenten eine unheilige Dreieinigkeit, die das konjunkturelle Take-off gefährdet?

Zumindest der Zinsimport ließe sich vermeiden; der Bundesrepublik fiele es relativ leicht, sich aus dem internationalen Zinszug auszuklinken, wenn sie den DM-Kurs an den Devisenmärkten frei floaten ließe. Doch dies will die Bundesbank nicht, sieht sie doch das Gespenst des Inflationsimports drohen. Aber nicht nur wegen des Dollarkursanstiegs gilt der geldpolitische Spielraum derzeit als ausgeschöpft, auch die monetäre Wachstumsrate, die derzeit deutlich über dem Zielkorridor schwebt, läßt in absehbarer Zukunft kaum Lockerungsschritte erwarten. Dies prägt die Erwartungen der Marktteilnehmer. Dazu kommt die anhaltende hohe Staatsverschuldung, die die Märkte verunsichert. Beides trägt zur Zurückhaltung am Rentenmarkt bei – die Kurse werden gedrückt. Dies kann sich aber rasch wieder ändern, wenn weitere Fortschritte bei der Inflationsbekämpfung sichtbar werden und die Bundesbank die Zentralbankgeldmengenentwicklung wieder einfängt.

gm

Steuerentlastungsgesetz 1984

Belebung der Investitionen

Die Bundesregierung hat im Mai Steuerentlastungen in Höhe von 3,5 Mrd. DM für die gewerbliche Wirtschaft beschlossen, die 1984 wirksam werden sollen. Davon entfallen etwa 1,6 Mrd. DM auf Entlastungen bei der Besteuerung des Betriebsvermögens und knapp 2 Mrd.

DM auf Entlastungen bei den Ertragsteuern, hier vor allem durch Verbesserungen der Abschreibungsmöglichkeiten. Ziel dieser Maßnahmen ist die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen; insbesondere soll zur Stärkung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen die Bereitstellung von mehr Risikokapital angeregt werden. Ebenso wie die bereits früher beschlossenen Steuersenkungen soll auch das neue Steuerentlastungsgesetz 1984 aus den Mehreinnahmen der ab Mitte des Jahres wirksamen Umsatzsteuererhöhung (1984: etwa 7,5 Mrd. DM) finanziert werden.

Die Beurteilung der neuen Steuererleichterungen kann nur im Gesamtzusammenhang der seit dem Regierungswechsel im letzten Herbst verfolgten steuerpolitischen Konzeption erfolgen: Erhöhung der Mehrwertsteuer einerseits und steuerliche Entlastungen der Unternehmen zur Belebung der Investitionstätigkeit und des Wohnungsbaus und damit letztlich der Beschäftigung andererseits. Unzweifelhaft ist, daß die bisherigen Steuersenkungen verteilungspolitisch unausgewogen sind. Diese Asymmetrie ist aber gerade die Voraussetzung für die Wiederherstellung von Verteilungsrelationen, die für wirtschaftliches Wachstum günstig sind. Ernster zu nehmen ist hingegen der Einwand, daß der Wirtschaft aus der höheren Mehrwertsteuer Belastungen erwachsen könnten, die die durch die steuerliche Begünstigung der Investitionen beabsichtigte Belebung der Wachstumskräfte konterkarieren. sch

Stahlkonflikt

Klößner gegen alle?

Das jüngste Urteil des Europäischen Gerichtshofes, das die ständigen Überschreitungen der amtlichen Produktionsquoten durch die Klößner-Werke für unzulässig erklärt, markiert einen Höhepunkt des europäischen Stahlkonflikts. Ohne Beispiel ist auch das Verlangen der deutschen Konkurrenten, das schwarze Schaf unter den Stahlkochern endlich zur Zahlung der bisher aufgelaufenen Bußgelder in Höhe von rund 190 Mill. DM zu veranlassen. Da Klößner seine Quote auch jetzt nicht einhält, werden bis zu einer möglichen Urteilsvollstreckung noch Bußgelder in einer Höhe auflaufen, die das Unternehmen in den Konkurs treiben könnten. Das bedeutete die Gefährdung von 35 000 zum Teil erst vor zehn Jahren geschaffenen Arbeitsplätzen an der Weser und des Kapitals von ebensoviel Aktionären.

In der EG besteht Einigkeit, daß die enormen Überkapazitäten bei Stahl abgebaut werden müssen. Der Schrumpfungsprozeß soll jedoch nicht durch ruinösen und durch Subventionen verzerrten Wettbewerb, sondern durch ein ausgeklügeltes System von Liefer- und Produktionsquoten gelenkt werden. Damit werden – unter Vernachlässigung von Produktivitätsunterschieden – gleiche Opfer für alle Stahlkocher angestrebt. Weil Klöckner durch sein zwar marktwirtschaftliches, aber rechtswidriges Verhalten den Zusammenbruch der europäischen Stahlmarktordnung bewirken könnte, sind die scharfen Reaktionen der Europäischen Kommission und der Konkurrenz nicht verwunderlich.

Die Bundesregierung befindet sich in einem Dilemma: Sie kann weder den Verstoß gegen geltendes europäisches Recht zulassen, noch will sie es hinnehmen, daß an der Weser massiv Arbeitsplätze abgebaut werden. Es bleibt abzuwarten, ob das schwarze Schaf heil davon kommt und damit einen Präzedenzfall schafft oder ob es in letzter Minute zur Räson gebracht werden kann. he

EG-Haushalt

Schwarzer Peter

Die EG-Kommission hat nunmehr ihre endgültigen Vorschläge unterbreitet, wie die zukünftige Finanzierung der Gemeinschaftspolitik zu sichern sei und gleichzeitig dem Erfordernis einer gerechteren Verteilung der Finanzierungskosten auf die Mitgliedstaaten Rechnung getragen werden könne. Da sowohl die zunehmende Mittelknappheit als auch die Verteilungsproblematik ihren Ursprung in der unkontrollierbaren Kostenentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik haben, mußte in diesem Bereich angesetzt werden: es wird vorgeschlagen, die 1-%-Grenze bei der Mehrwertsteuer auf zunächst 1,4 % anzuheben, die Höhe der von den einzelnen Ländern zu zahlenden Mehrwertsteuerbeträge jedoch, anders als bisher, in gewissem Umfang von dem Nutzen abhängig zu machen, den diese aus der Agrarpolitik ziehen.

Die Kommission hat die ihr vom Rat gestellte Aufgabe anders gelöst, als dies vielfach erwartet worden war. Sie hat ihre anfänglichen Bemühungen, die Gemeinsame Agrarpolitik selbst zu ändern, eingestellt und sich auf Änderungsvorschläge für deren Finanzierung beschränkt. Die Konsequenz: Die Verteilungsproblematik ließe sich entschärfen, um die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für den EG-Haushalt wird man aber schon demnächst nicht mehr herkommen.

Es scheint, daß das Ausklammern der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik den Mitgliedstaaten den willkommenen Vorwand liefert, die schwierigen Finanzierungsprobleme noch weiter vor sich herzuschieben. Man fordert die Kommission auf, ihr Versäumnis wettzumachen, wobei man sich der Aussichtslosigkeit dieses Unterfangens wohl bewußt ist, da außer den Briten zur Zeit keine europäische Regierung ernsthaft an einer Reform der Agrarpolitik interessiert zu sein scheint. Anstatt die Finanzierungsprobleme in Angriff zu nehmen, ehe sie sich zur Existenzbedrohung ausweiten, will der Rat offenbar weiter Schwarzer Peter mit der Kommission spielen. nt

UNCTAD VI

Leere Taschen

Es muß schon erstaunen, mit welcher Mäßigung die Entwicklungsländer in die 6. UNCTAD-Konferenz gehen, die vom 6. bis 30. 6. 1983 in Belgrad stattfindet. Von der weltweiten Rezession, drastischem Rohstoffpreisverfall, zunehmendem Protektionismus, hohem Zinsniveau und drückender Schuldenlast gebeutelt, hätten sie das Treffen der 3500 Delegierten aus 166 Ländern zu einem Tribunal für die Wirtschafts- und Entwicklungspolitik der Industriestaaten umfunktionieren können. Doch es wird offensichtlich vermieden, dem Treffen den lähmenden Stempel der Konfrontation aufzudrücken und statt dessen der „Geist der Verständigung und der Zusammenarbeit“ beschworen, was dieser Konferenz im Gegensatz zu ihren Vorläufern eine positive Grundstimmung verleiht.

Noch erstaunlicher wäre es allerdings, wenn die Entwicklungsländer so viel Selbstbeherrschung im Verlauf einer Konferenz beibehielten, die ihnen erneut einen tiefen Einblick in die leeren Taschen der Industrieländer gewähren wird. Denn weder finanziell noch konzeptionell dürften diese der Dritten Welt in einer Zeit etwas anzubieten haben, in der sie vollauf mit sich selbst und der verzweifelten Suche nach wirtschaftspolitischen Lösungen für ihre eigenen Probleme beschäftigt sind. Finanzielle Kraftakte wie das 20-Mrd.-US-\$-UNCTAD-Programm zur kurzfristigen Rohstoffstabilisierung oder die 90-Mrd.-\$-Spritze zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts der Dritten Welt werden kaum auf Gegenliebe stoßen. Und so werden es eher Absichtserklärungen und Fortschritte im kleinen sein, mit denen man versuchen wird, den Effizienznachweis für die neuerliche Auflage dieser Mammutkonferenz anzutreten. bo